

G36-Affäre

Heckler & Koch ließ Beamten kaltstellen

Dem Waffenhersteller Heckler & Koch (HK) ist es offenbar gelungen, einen kritischen Beamten der Bundeswehr kaltzustellen, als erste Hinweise auf die Präzisionsprobleme des Gewehrs G36 aufkamen. Bei einem Gespräch am 30. November 2011 zwischen der Firmenleitung von HK und dem Wehrbeschaffungsamt „besteht“ das Unternehmen darauf, den Beamten W. „vom Geschäftsverkehr mit HK zu entbinden“. So steht es in einem Ergebnisvermerk des Treffens aus dem Beschaffungsamt.

Das Amt kam der Beschwerde des G36-Herstellers umgehend nach. „Diese Entbindung wird bestätigt“, heißt es weiter. Der betroffene Beamte, der sich kritisch zu Heck-



Bundeswehrgesoldaten mit G36

ler-&Koch-Gewehren geäußert hatte, soll daraufhin auf einen unwichtigen Posten degradiert worden sein.

Die HK-Geschäftsleitung beschwerte sich außerdem, die Zusammenarbeit mit zwei weiteren Beamten sei „schwierig“.

Vertrauliche Dokumente zeugen davon, dass Heckler & Koch vor weiteren Treffen zum G36 aus dem Ministerium vorab mit internen Unterlagen versorgt wurde. So fiel einem Materialexperten der Bundeswehr bei einer Besprechung im Mai 2012 auf, dass der Firma interne Untersuchungsberichte der Truppe „schon bekannt“ und die HK-Vertreter deswegen „sehr gut vorbereitet“ waren. Im Verteidigungsministerium wird die Zusammenarbeit mit Heckler & Koch derzeit untersucht. gt, mgb



Deutsche Soldaten bei Flüchtlingsrettung vor Libyen

Flüchtlinge

EU-Mission auf der Kippe

Der Start der EU-Mission zur Bekämpfung von Schleuserbanden im Mittelmeer droht zu scheitern. Die EU hatte beschlossen, Schlepperboote, in denen Flüchtlinge das Mittelmeer überqueren, auch in libyschen Gewässern und an der Küste mit militärischen Mitteln aufzubringen und zu zerstören. Doch für einen Einsatz auf libyschem Boden oder den Gewässern des Landes brauchte die EU zumindest ein Mandat des Uno-Sicherheitsrats. Das scheitert bislang an russischen Einwänden. Mehrere Mitgliedstaaten, darunter Deutschland, haben sich deswegen dafür ausgesprochen, die Anti-Schleuser-Operation zunächst auf die erste Phase des Plans zu beschränken, die lediglich die Aufklärung von Schleusernetzwerken in internationalen Gewässern im

Mittelmeer vorsieht. Andere EU-Partner, allen voran Italien, lehnen das ab. Auch die Hohe Vertreterin der EU für Außen- und Sicherheitspolitik, Federica Mogherini, ist gegen eine Operation light. Beschränke sich die EU auf eine Aufklärungsmission und die verstärkte Rettung von Flüchtlingen durch EU-Schiffe, liefere man falsche Anreize für Schleuser, sagte Mogherini im EU-Militärausschuss. Die Politikerin warnte, Schleuser würden ermuntert, Flüchtlinge auf unsicheren Booten bis in internationale Gewässer zu bringen, wo diese dann aufgenommen würden. Sie werde daher nicht empfehlen, nur die eingeschränkte Variante der Operation EUNAVFOR MED auf der nächsten Sitzung der Außenminister am 22. Juni zu beschließen. mgb, csc

Landwirtschaft

Industrieware als Bioeier verkauft?

Weil er jahrelang Legehennen in überfüllte Ställe gesperrt und Millionen Eier falsch deklariert haben soll, hat die Staatsanwaltschaft Ol-

denburg den einst größten Bioeierproduzenten Deutschlands angeklagt. Die Ermittler der Zentralstelle für Landwirtschaftsstrafsachen werfen dem Biobauern Heinrich T. rund 2500 Fälle gewerbsmäßigen Betrugs sowie 470 Verstöße gegen Lebensmittelrecht

und das Öko-Landbaugesetz vor. Die Taten sollen sich zwischen 2007 und 2011 ereignet haben, T. bestreitet die Vorwürfe. Die Anklage sei „weder tatsächlich noch rechtlich begründet“. Der Anklage waren jahrelange Ermittlungen in zwei Dutzend Ställen in Norddeutschland vorausgegangen. Dabei sei festgestellt worden, berichtet eine Sprecherin der Staatsanwaltschaft, dass bis zu 4500 Hennen in Einheiten gehalten worden seien, die nur für 3000 Tiere zugelassen waren. Nach Auffassung der Ermittler hätten die Eier nicht als Bioeware, sondern allenfalls für industrielle Nutzung, etwa in Eier-Shampoo, verkauft werden dürfen. mif



Werbung für Bioeier auf Lastwagen